



Departement für Justiz, Sicherheit
und Gesundheit Graubünden
Frau Regierungsrätin
Barbara Janom Steiner
Hofgraben 5
7001 Chur

Vorabzustellung an
djsg.sekretariat@djsg.cg.ch

Davos, 20. Dezember 2010/vfa

**Vernehmlassung zum Entwurf für eine Teilrevision des Gesetzes über die
Krankenpflege und der Betreuung von betagten und pflegebedürftigen Personen
(Änderung Spitalfinanzierung)**

Sehr geehrte Frau Regierungsrätin
Geschätzte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die uns gewährte Gelegenheit, zu der von Ihnen über eine
Teilrevision des Kantonalen Krankenpflegegesetzes vorgeschlagenen Änderung der
Spitalfinanzierung Stellung nehmen zu können.

Nachfolgend erwähnen wir 1) einige wichtige Anforderungen, die nach Meinung der SVP
Graubünden für ein neues kantonales Spitalfinanzierungssystem erfüllt sein müssen,
anschliessend 2) eine Beurteilung des Revisionsentwurfs, gemessen an den
Anforderungen, und letztlich 3) unsere Schlussfolgerungen zur Revisionsvorlage, die – es
sei vorweggenommen – ernüchternd ausfallen.



1) Anforderungen an die neue Spitalfinanzierung

Für die SVP Graubünden muss die neue Spitalfinanzierung folgenden Anforderungen genügen:

a) Interkantonale Konkurrenzfähigkeit

Die Konkurrenzfähigkeit der Bündner Spitäler, insbesondere des Kantonsspitals Graubünden, gegenüber den ausserkantonalen Spitälern soll gestärkt werden.

b) Lastenverschiebung

Es darf keine Lastenverschiebung zulasten der Regionen und Gemeinden sowie keine Mehrbelastung der Gemeinden erfolgen.

c) Gemeinwirtschaftliche Leistungen

Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen der Spitäler sind klar zu definieren und sachgerecht dem Kanton und den Regionen bzw. Gemeinden zuzuordnen.

d) Zahlungsverantwortung

Nach dem Grundsatz „wer zahlt befiehlt“ bzw. „wer befiehlt der zahlt“ haben die Entscheidungsträger grundsätzlich auch die entsprechenden Zahlungsverpflichtungen zu übernehmen.

e) Finanzierungssystem

Das neue Spitalfinanzierungssystem muss transparent sein, die zukünftige Lastenentwicklung für die Kostenträger aufzeigen, einen fairen Wettbewerb unter den Spitälern ermöglichen und ihr wirtschaftliches Handeln fördern.

f) Unternehmerischer Handlungsspielraum

Den Kliniken und Spitälern ist ein Handlungsspielraum zu sichern, der unternehmerisches und wirtschaftliches Handeln ermöglicht und fördert.

g) Gleichbehandlungsgebot

Die Gleichbehandlung privater und öffentlicher Spitäler muss sichergestellt sein.



2) Beurteilung

Der Vernehmlassungsentwurf genügt in der Beurteilung der SVP Graubünden in wesentlichen Punkten in keiner Weise den grundsätzlichen Anforderungen an ein neues Spitalfinanzierungssystem:

a) Interkantonale Konkurrenzfähigkeit

Die vorgeschlagene Umwandlung von Investitionswerten in Darlehen ist für die öffentlichen Spitäler des Kantons existenzgefährdend und vermindert ihre interkantonale Konkurrenzfähigkeit in höchstem Masse.

b) Lastenverschiebung

Die Revisionsvorlage bringt für die Gemeinden zusätzliche Belastungen, die in Zukunft weiter zunehmen werden. Dies gilt beispielsweise für die Belastung der Gemeinden aus den gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die zukünftig stark ansteigen werden und im erläuternden Bericht des Departementes nicht korrekt ausgewiesen sind.

c) Gemeinwirtschaftliche Leistungen

Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen sind im Gesetzesentwurf nur unvollständig definiert und im erläuternden Bericht nicht umfassend ausgewiesen. Die Zuweisung der entsprechenden Lasten auf den Kanton und die Gemeinden ist entsprechend intransparent und nicht genügend klar. Nach den uns vorliegenden Informationen betrachten wir die auf Seite 34 des erläuternden Berichtes enthaltenen Angaben als unvollständig und teils unzutreffend.

d) Zahlungsverantwortung

Die Entscheidungskompetenz über die Spitäler liegt weitgehend beim Kanton. Bei Fehlverhalten der Spitäler haben deshalb alleinig der Kanton und die Spitäler die Zahlungsverantwortung zu übernehmen, nicht hingegen die Gemeinden.

e) Finanzierungssystem

Das neue Finanzierungssystem genügt den Anforderungen an ein solches System nicht. Die zukünftige Lastenentwicklung für die Regionen und Gemeinden ist nur unvollständig und intransparent aufgezeigt. Positiv zu werten ist in Teilbereichen eine gewisse Verbesserung bei der Gleichstellung der Bündner Spitäler mit ausserkantonalen Spitälern.



f) Unternehmerischer Handlungsspielraum

Die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten der Kliniken und Spitälern werden unnötigerweise eingeschränkt.

g) Gleichbehandlungsgebot

Der Grundsatz der Gleichbehandlung der öffentlichen und privaten Spitäler, die sich auf der Spitalliste befinden, wird im Vernehmlassungsentwurf in verschiedenen Bereichen nicht umgesetzt.

3) Schlussfolgerungen

a) Interkantonale Konkurrenzfähigkeit

Die SVP Graubünden bekämpft die Absicht des Departementes, wonach Investitionsbeiträge, die ohne Auflagen gewährt wurden, in Darlehen zu Lasten der Spitäler umgewandelt werden sollen. Dabei geht es um ein Darlehensguthaben des Kantons gegenüber den Spitälern des Kantons von geschätzt mehr als CHF 200 Mio. Durch die damit bei den Bündner Spitälern neu anfallende Schuldenlast ergäben sich existenzgefährdende Wettbewerbsnachteile unserer kantonalen Spitäler gegenüber Privatkliniken und ausserkantonalen Spitälern mit äusserst negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen.

Mit den in einer Darlehensform aktivierten bisherigen Subventionen will sich der Kanton anscheinend eine Geldquelle verschaffen, welche die erhöhten Beiträge des Kantons wohl mehr als ausgleichen dürfte. Die SVP Graubünden erachtet solche finanztechnischen Tricks als unangebracht und lehnt sie ab.

b) Lastenverschiebung

Die SVP Graubünden ist nicht einverstanden mit den Bestrebungen des Kantons, sich bei der Spitalfinanzierung zu Lasten der Gemeinden entlasten zu wollen. Die departementale Revisionsvorlage würde zu einer Kostenverschiebung zulasten der Gemeinden führen, was von der SVP Graubünden nicht akzeptiert wird.

Der effektive Mehraufwand der Gemeinden wird weit höher sein, als die in der Revisionsvorlage erwähnte Zunahme von CHF 2.2 Mio., da durch das Revisionsvorhaben verschiedene zusätzliche Belastungen, die im Revisionsentwurf nicht erwähnt sind, auf die Gemeinden zukommen werden,. Dazu gehört beispielsweise die zusätzliche Belastung über die nicht klar definierten und nur ungenügend ausgewiesenen gemeinwirtschaftlichen Leistungen.

Nicht abschätzbar ist auch eine weitere Belastung der Gemeinden aus der Möglichkeit der Regierung, den Gemeindeanteil an den medizinischen Leistungen unter bestimmten Voraussetzungen mit einem einseitigen Hoheitsakt zu erhöhen,



wie dies z.B. über Art. 11a Abs.2 vorgeschlagen wird. Die SVP Graubünden lehnt eine solche Kompetenzerteilung an die Regierung entschieden ab.

c) Gemeinwirtschaftliche Leistungen

Die gemeinwirtschaftlichen Leistungen müssen präzise definiert, die Kosten ausgewiesen sowie dem Kanton und den Regionen bzw. Gemeinden zugewiesen werden, was im Vernehmlassungsentwurf nur unvollständig der Fall ist.

Entgegen den beschönigenden Zahlen in den departementalen Erläuterungen fallen nach uns vorliegende Angaben bei den Bündner Spitälern weit höhere Kosten für gemeinwirtschaftliche Leistungen an, als die in den Vernehmlassungsunterlagen erwähnten CHF 5.0 Mio. Nach unseren Informationen betragen die Kosten für gemeinwirtschaftliche Leistungen weit mehr als CHF 50.0 Mio. jährlich.

Wie zu erfahren ist, rechnet alleine schon das Kantonsspital Graubünden mit gemeinwirtschaftlichen Leistungen von gegen CHF 50.0 Mio., also mit dem Zehnfachen des vom Departement für alle Spitäler des Kantons ausgewiesenen Betrags. Diesbezüglich besteht demnach ein enormer Klärungsbedarf. Der erläuternde Bericht des Departementes gibt zu dieser enorm wichtigen Frage keine Antworten und operiert anscheinend mit falschen Zahlen.

Angesichts solcher Unsicherheiten über die finanziellen Auswirkungen des Revisionsvorhabens auf die Gemeinden fehlen derzeit noch die notwendigen Entscheidungsgrundlagen für eine abschliessende Beurteilung der Revisionsvorlage. Die Anforderungen an eine seriöse Gesetzeserarbeitung für eine neue Spitalfinanzierung mit weitreichenden Entscheidungen für den Kanton und die Gemeinden sind durch den Revisionsentwurf des Departementes und die Erläuterungen dazu noch nicht erfüllt.

Die SVP Graubünden verlangt, dass im Gesetz verbindlich und detailliert festgelegt wird, wie die gemeinwirtschaftlichen Leistungen ausgeschieden und den jeweiligen Auftraggebern auferlegt werden. Dabei darf es zu keiner Kostenverschiebung zulasten der Regionen und Gemeinden kommen.

Wir verlangen zudem eine umfassende Dokumentation über die gemeinwirtschaftlichen Leistungen aller Spitäler und die damit verbundenen Kostenfolgen für den Kanton und die Regionen bzw. Gemeinden. Diese Dokumentation muss bis spätestens zum Zeitpunkt der Überweisung der Botschaft an den Grossen Rat vorliegen, ansonsten nach Meinung der SVP Graubünden nicht auf den Revisionsentwurf eingetreten werden darf.



d) Zahlungsverantwortung

Nach Auffassung der SVP Graubünden hat der Kanton die bei den Spitälern allenfalls anfallenden Defizite zu übernehmen. Da die Entscheidungskompetenz über die Spitäler weitgehend beim Kanton und nicht bei den Gemeinden liegt.

Absolut systemwidrig ist die Absicht des Departementes, bei Fehlverhalten eines Spitals die Gemeinden zusätzlich zu belasten. Die finanziellen Folgen eines Fehlverhaltens von Spitälern haben zwingend der Kanton und die Spitäler selber zu übernehmen, nicht jedoch die Gemeinden, die keinen gesetzlichen Auftrag für eine Einflussnahme auf die Spitäler haben.

e) Finanzierungssystem

Die SVP Graubünden beantragt, das geltende Spitalfinanzierungssystem grundsätzlich beizubehalten. Graubünden verfügt derzeit über eine Spitalfinanzierungssystematik, die sich bewährt hat und den Spitälern den erforderlichen unternehmerischen Handlungsspielraum gewährt. Im interkantonalen Vergleich darf es als modern und effizient betrachtet werden. Nach Meinung der SVP Graubünden müssen die bewährten Regelungen darum beibehalten und nur punktuell neue Bestimmungen eingeführt werden. Keinesfalls darf es zu einer Einschränkung des Handlungsspielraums der Spitäler kommen, wie das durch die Revisionsvorlage der Fall wäre.

Das vom Departement vorgelegte neue Spitalfinanzierungssystem ist nicht transparent und zeigt die zukünftige Lastenentwicklung für die Regionen und Gemeinden nur ungenügend auf. Es ermöglicht nur unvollkommen einen fairen Wettbewerb unter den Spitälern und fördert ihre wirtschaftlichen Handlungsmöglichkeiten nicht. Das neue Finanzierungssystem vermag darum den Anforderungen an eine solche Gesetzgebung nicht zu genügen und muss überarbeitet werden.

f) Unternehmerischer Handlungsspielraum

Der Entwurf für ein neues Spitalfinanzierungssystem schränkt die unternehmerischen Handlungsmöglichkeiten der Bündner Kliniken und Spitälern in nicht akzeptierbarer Weise ein. Zum einen wird deren Handlungsfreiheit durch verschiedene Auflagen eingeschränkt. Zum andern führt die Umwandlung von bereits gewährten Investitionsbeiträgen in Darlehen zu einer grossen Verschuldung der Spitäler, was zu einer grossen Benachteiligung der Bündner Spitäler im Wettbewerb mit Privatkliniken und ausserkantonalen Kliniken und Spitälern führen wird. Die SVP Graubünden kann diese existenzgefährdenden Regelungen zulasten unserer Bündner Spitäler mit ihren negativen volkswirtschaftlichen Auswirkungen nicht akzeptieren.



g) Gleichbehandlungsgebot

Ein neues Spitalfinanzierungssystem muss nach Meinung der SVP Graubünden die Gleichbehandlung der öffentlichen und privaten Spitäler und Kliniken, die sich auf der Spitalliste befinden, gewährleisten; Mit der Revisionsvorlage ist dies nicht sichergestellt Das vorgeschlagene neue Finanzierungssystem führt nicht zu der von uns geforderte Chancengleichheit zwischen den öffentlichen und den privaten Spitälern. So sind in verschiedenen Artikeln die privaten Spitäler gar nicht erwähnt oder es erfolgt eine unterschiedliche Behandlung von öffentlichen und privaten Spitälern. Dieser Mangel ist zu beheben und damit die Gleichbehandlung der öffentlichen und privaten Spitäler sicher zu stellen.

Zusammenfassend muss die SVP Graubünden feststellen, dass der Entwurf des Departements für Justiz, Sicherheit und Gesundheit für ein neues Spitalfinanzierungssystem den Anforderungen an eine solche Gesetzgebung nicht genügt und darum in zentralen Punkten überarbeitet, präzisiert und angepasst werden muss

4) Einzelne Bestimmungen

Art. 11a Abs. 1

Neu sollen auch Privatkliniken einen Anspruch auf öffentliche Beiträge haben, wogegen gemäss Art. 11a Abs.1 nur die öffentlichen Spitäler ihre Anschaffungen dem zuständigen Departement zur Genehmigung vorzulegen haben. Dies widerspricht dem von uns postulierten Grundsatz der Gleichbehandlung und ist deshalb abzulehnen.

Wir beantragen, Art. 11a Abs.1 ersatzlos zu streichen, da eine Genehmigungspflicht von Anschaffungen der Spitäler grundsätzlich nicht gerechtfertigt ist. Entscheide über Anschaffungen gehören zum ursächlichen Verantwortungs- und Entscheidungsbereich der Spitäler.

Art. 11a Abs.2

Wir beantragen die ersatzlose Streichung dieses Artikels bzw. zumindest eine Umformulierung gemäss unseren Ausführungen unter Punkt 3) b).

Art. 12, Gemeindebeiträge

Unter Punkt 3) c) haben wir uns zu den Gemeindebeiträgen bzw. den gemeinwirtschaftlichen Leistungen bereits geäußert und entsprechende Anträge gestellt. Wir verlangen, dass die Kosten für den Kanton und die Regionen bzw. Gemeinden transparent und korrekt aufgelistet werden. Die Gemeinden haben



Anspruch auf diese Kostentransparenz als eine wesentliche Entscheidungsgrundlage, die bis anhin vom zuständigen Departement noch nicht geliefert worden ist.

Art. 18, Abs. 3

Wir unterstützen die Streichung dieses Absatzes, da damit ein Systemfehler der heutigen Gesetzgebung eliminiert wird.

Art. 18a Abs. 1

Gemäss unserem Postulat, wonach keine Lastenverschiebung zulasten der Regionen und Gemeinden sowie keine Mehrbelastung der Gemeinden erfolgen darf, verlangen wir eine entsprechende gesetzliche Regelung, welche dies gewährleistet. Der Gemeindeanteil ist soweit zu reduzieren, dass aus der neuen Gesetzgebung keine Mehrbelastung für die Gemeinden resultiert. Dabei ist auch die Mehrbelastung der Gemeinden durch die Abgeltung von gemeinwirtschaftlichen Leistungen gemäss unseren Ausführungen unter 3) c) zu berücksichtigen.

Art. 18a Abs. 4

Nach Meinung der SVP Graubünden liegt eine dezentrale Versorgung im Spitalwesen im kantonalen Interesse und ist aufgrund der geographischen Verhältnisse erforderlich. Der Kanton hat entsprechend anteilmässig auch die daraus anfallenden gemeinwirtschaftlichen Leistungen zu übernehmen. Dazu gehören die in Art. 18a Abs. 4 aufgelisteten Angebote. Wir verlangen deshalb, dass die entsprechenden Lasten je hälftig vom Kanton und den Gemeinden zu tragen sind.

Art. 18c, Tarifgenehmigung

Nach unserer Meinung handelt es sich bei diesen Bestimmungen generell um kantonale Vorgaben, die nicht der massgebenden Bundesgesetzgebung (KVG und Verordnungen dazu) entsprechen, da dort alle Vorgaben an Tarifverträge abschliessend geregelt sind. Entsprechend verfügt der Kanton diesbezüglich über keinen eigenen Gesetzgebungsspielraum. Art. 18c ist darum ersatzlos zu streichen.

Art. 18c lit. b

Falls Art. 18 c. nicht wie von uns beantragt ersatzlos gestrichen werden sollte, was zu bedauern wäre, beantragen wir auf jeden Fall die ersatzlose Streichung von Art. 18c lit. b. Diese Bestimmung ist unseres Erachtens nicht umsetzbar. Auf einem Gebiet, in dem nach der neuen Spitalfinanzierungssystematik der Wettbewerb spielen soll, ist die Anzahl der Spitalbehandlungen nicht obrigkeitlich planbar. Bei der vorgesehenen gesetzlichen Vorgabe des Departements handelt es sich letztlich um einen Rationierungsartikel, der direkt in eine Zweiklassenmedizin führt. Mit anderen Worten: Wer selber bezahlt, wird behandelt, wer das nicht kann, wird abgewiesen.



Die SVP Graubünden lehnt eine Zweiklassenmedizin ab und damit auch alle Wege, die dazu hinführen, wie dies das Departement nun beantragt.

Art. 49a Abs. 1 und 2

Gemäss unseren Ausführungen unter 3) a) verlangen wir, dass dieser Artikel ersatzlos gestrichen wird.

Wir danken Ihnen, sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Damen und Herren, nochmals für die uns gewährte Möglichkeit zur Stellungnahme und bitten Sie um Beachtung unsere Anträge.

Mit freundlichen Grüssen

SVP Graubünden

Jon Peider Lemm
Präsident

Valérie Favre Accola
Sekretärin

